

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

16. WP - 82. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. Januar 2009, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

i. V. von Karsten Jasper

Thomas Stritzl (CDU)

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Informationen des MWV zum Konjunkturpaket II für Bund und Länder	5
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2339	
3. Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2322	
4. Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	10
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2342	
5. Förderpolitik in der Tourismuswirtschaft	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2246	
6. Infrastruktursicherungsvertrag mit der DB Netz AG	12
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/3707	

7. Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten	13
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1223	
8. Aktualisierte Terminplanung	16
9. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Informationen des MWV zum Konjunkturpaket II für Bund und Länder

M Dr. Marnette erklärt, im Rahmen des Konjunkturpakets II werde auch das Land Zusatzmittel über den Haushalt hinaus zur Verfügung haben. Für Bund und Länder handele es sich hier um eine Größenordnung von 10 Milliarden €, und zwar aufgeteilt zu etwa 65 % für Bildung und 35 % für sonstige Maßnahmen der Infrastruktur. Auf das Land Schleswig-Holstein würden Mittel in der Größenordnung von 320 Millionen € bis 325 Millionen € entfallen. Die Vorgaben für die Initiative und die Durchführung der Maßnahmen seien relativ offen gehalten und „locker“. Das Controlling werde jedoch sehr hart werden.

Das MWV habe aus Schwerpunkten und Defiziten eine Liste von Einzelmaßnahmen erstellt, die auch priorisiert worden seien: Schulbauinvestitionen, Kita-Investitionen, Hochschulen und Hochschulklinika, Sportstättenbau, kommunale Infrastrukturmaßnahmen sowie dann die Bereiche Städtebauförderung und energetische Förderung städtischer Liegenschaften, Wohngebäudesanierungen. Zurzeit sei man dabei, diese Liste noch einmal mit der Staatskanzlei zu konkretisieren und festzuschreiben. Dabei handele es sich um Maßnahmen, die noch nicht im Haushalt enthalten seien und die innerhalb der vorgegebenen zwei Jahre auch realisiert werden könnten.

M Dr. Marnette fährt fort, es werde auch Veränderungen bei der Vergabe geben, die Grenze werde angehoben, damit man im Einzelnen aus dem formalisierten Verfahren herauskomme. Die rechtlichen Dinge, die hiermit verbunden sein würden, müssten jedoch noch abgewartet werden. Selbstverständlich müssten die Maßnahmen auch kofinanziert werden, und zwar mit 25 %. Auch hier müssten nun schnellstens Abstimmungen mit dem Finanzministerium des Landes erfolgen.

Bezüglich des vorgesehenen Pakets zur Beschleunigung der Breitbandverkabelung herrsche im Moment noch nicht völlige Klarheit. Bis 2010 sollten alle nicht versorgten Gebiete abgedeckt sein und bis 2014 75 % der Haushalte versorgt sein, 2018 die flächendeckende Versorgung erreicht sein.

In der folgenden Aussprache erkundigt sich Abg. Stritzl zunächst danach, was generell finanziell aus den Konjunkturpaketen I und II auf das Land zukommen werde. Bezüglich der Vergabe spricht er sich dafür aus, darauf hinzuwirken, dass der Zwang zur europaweiten Ausschreibung hierfür hintangestellt werde, da solche Ausschreibungsverfahren doch einen erheblichen Zeitraum in Anspruch nähmen. Weiter möchte er wissen, ob es Überlegungen gebe, wie man die angedachten Investitionen im Verfahren mit der kommunalen Familie abstimmen wolle, damit es kein „Windhundverfahren“ gebe. - Abg. Dr. Garg drückt zunächst sein Befremden darüber aus, dass dieser Bericht zum Konjunkturpaket II nicht im Rahmen der Beratung des von seiner Fraktion gestellten Antrags „Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung“, der ebenfalls auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehe, behandelt werde, sondern separat. Sodann möchte er wissen, ob in den genannten rund 320 Millionen € die Kofinanzierungsmittel bereits enthalten seien oder ob diese zusätzlich in die Maßnahmen flössen. Dann interessiert ihn, was sich der MWV als Strukturmaßnahmen für das UK S-H vorstelle, und er fragt, was man darunter verstehe, den „Sanierungsstau beim UK S-H“ abzubauen, da es ja auch Sanierungsstaus bei kommunalen Krankenhäusern gebe. Schließlich möchte er wissen, welche Verkehrsinfrastrukturprojekte, die nicht im Haushalt stünden, aus dem Konjunkturpaket II prioritär bedient werden sollten.

M Dr. Marnette erwidert zunächst, dass man „Windhundverfahren“ auf jeden Fall vermeiden wolle, dass es gelte aufzupassen, dass man mit Wünschen nicht „zugestopft“ werde. Es gebe eine gute Vorplanung, aber dennoch erachte er es für nötig, auch mit den Wirtschaftsverbänden noch einmal zu sprechen, ob es Ideen gebe, die in dieses Programm hineinpassten. In der Liste des MWV befänden sich nicht nur Schulbauinvestitionen oder Kita-Investitionen, sondern zum Beispiel auch Maßnahmen zur Reduzierung von Lärmimmissionen durch hoch belastete Straßen, Erdkabel für Windparks, Maßnahmen des Landesstraßenbaus, Radwegmaßnahmen, Erhaltungsmaßnahmen an kommunalen Straßen, Mittel für Landes- und Kommunalhäfen und auch Dinge im Bereich der Bahn. In jedem Fall habe man versucht, die Schwerpunkte flächendeckend zu setzen.

Zum UK S-H verweist M Dr. Marnette sodann darauf, dass man hier ein Investitionsvolumen in der Größenordnung von 750 Millionen € bis zu 1 Milliarde € vor sich habe. Aber auch hier gebe es Schwerpunktthemen. Dazu gehöre zum Beispiel die Notaufnahme in Lübeck, wo schnellstens etwas passieren müsse. Hier habe er sich von Anfang an davon überzeugt, ob Maßnahmen so vorbereitet seien, dass man gleich mit ihnen beginnen könne. - Zur Vergabe erläutert er, dass der Bund im Rahmen des Konjunkturpakets II das strenge Vergaberecht lockern wolle, dass befristet auf zwei Jahre die Schwellenwerte für Ausschreibungen und freihändige Vergaben, also Auftragserteilung ohne vorherige Ausschreibung, angehoben werden sollten. Abschließende Auskünfte könne er zu diesem Punkt zurzeit aber noch nicht geben.

Zum kommunalen Bereich führt er aus, dass man hier noch einmal bei den Kommunen nachfassen müsse, welche Themen dort anstünden. In jedem Fall müsse man jedoch aufpassen, dass man sich hier nicht selbst blockiere und ein „Nadelöhr“ produziere und so die wichtigsten Maßnahmen nicht schnell genug umgesetzt werden könnten. Im Konjunkturpaket I seien im Land bereits für den Schulbau 21 Millionen €, für den Straßenbau 2009 4 Millionen € und 2010 10 Millionen € vorgesehen, darüber hinaus für den Bereich „kulturelles Erbe“ jährlich 3 Millionen €. Auch diese Dinge müssten nun mit dem Konjunkturpaket II aufeinander abgestimmt werden.

Abg. Dr. Garg warnt im Blick auf das Sanierungserfordernis beim UK S-H davor, in diesem Zusammenhang anstehende Maßnahmen nur auf der Grundlage des Konjunkturpakets II zu realisieren. Es dürfe nicht so sein, dass die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen ohne Konjunkturpaket II nicht in Angriff genommen würden.

Abg. Matthiessen fragt nach, ob die genannten Mittel vom Bund zugeteilt würden oder ob sie jeweils im Einzelnen abgefordert werden müssten, sodass zunächst das Okay des Haushaltsgesetzgebers erforderlich sei. - M Dr. Marnette erklärt, dass er die bisher vorliegenden Mitteilungen so verstehe, dass für die Maßnahmen zuvor grünes Licht durch den Haushaltsgesetzgeber gegeben worden sein müsse. Der „Geist“ des Papiers der Bundesregierung gehe dahin, jetzt schnell zu handeln, aber auch keine Schritte zu machen, die unsinnig seien.

Abg. Poersch bittet den MWV um einen Sachstandsbericht zur Breitbandverkabelung, sobald sich die Maßnahmen konkreter abzeichnen würden. - M Dr. Marnette sagt dies zu und weist zudem darauf hin, dass derzeit an einem Breitbandatlas für Schleswig-Holstein gearbeitet werde, um einen genauen Überblick über die „weißen Flecken“ im Land zu erhalten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz der
Berufsbezeichnung „Ingenieur“**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2339

(überwiesen am 12. Dezember 2008)

Ohne weitere Aussprache spricht der Ausschuss einstimmig die Empfehlung an das Plenum des Landtags aus, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/2339, unverändert anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2322

(überwiesen am 12. Dezember 2008)

Abg. Harms fragt, welche Initiativen die Landesregierung zur Zusammenarbeit mit anderen norddeutschen Nordseehäfen plane. Er betont, eine einheitliche Organisationsform für die norddeutschen Häfen sei dringend erforderlich.

M Dr. Marnette erwidert, die norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation sei ein Schwerpunkt seines Hauses. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Arbeitsgruppe „Brunsbüttel“. Darüber hinaus sei man aktuell in ständigem Kontakt mit Hamburg bezüglich des Themas Unterelbe. Er wisse, dass man hier zeitlich noch hinterherhinke, aber an Fortschritten werde mit aller Macht gearbeitet.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Landtag vorzuschlagen, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2322, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Investitionspaket zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2342

(überwiesen am 11. Dezember 2008)

Abg. Dr. Garg begründet zunächst noch einmal kurz seinen Antrag. - Abg. Schröder erklärt, der Antrag der Fraktion der FDP verfolge im Grunde das gleiche Ziel wie das Konjunkturpaket II, das zu Beginn der Sitzung im Wirtschaftsausschuss vorgestellt worden sei, sodass der Antrag eigentlich als erledigt betrachtet werden könne. - Abg. Callsen spricht insbesondere den Absatz 2 des Antrags an, aus dem ein eigenes Landesprogramm herauslesbar sei. Er bitte die Fraktionen, auf der Basis der Bundesentscheidung zum Konjunkturpaket II noch einmal darüber nachzudenken, inwieweit es möglich sei, gegebenenfalls einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten, der die Landesregierung darin unterstütze, das umzusetzen, was jetzt in Berlin entschieden worden sei. Dies würde bedeuten, die Beratungen über diesen Antrag Drucksache 16/2342 in der heutigen Sitzung an dieser Stelle zu unterbrechen und am 4. Februar 2009 fortzusetzen.

Abg. Matthiessen vermisst im Antrag der FDP einen Hinweis auf die Schieneninfrastruktur. Abgesehen davon habe der Antrag eine Aktualität durch die Entscheidungen auf Bundesebene erfahren, und die im Antrag genannten Punkte seien finanzierbar.

Abg. Dr. Garg betont, dass zu den Infrastrukturmaßnahmen selbstverständlich auch die Schiene gehöre. Im Übrigen schließt er sich der Anregung von Abg. Callsen an, in einem gegebenenfalls gemeinsam getragenen Antrag die Landesregierung in ihrem Bemühen zu unterstützen, Infrastrukturmaßnahmen im Land vorzuziehen, und als Landesparlament deutlich zu machen, wo die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen gesehen würden. Hierzu gehörten sicherlich auch Energie-Infrastrukturmaßnahmen.

Einvernehmlich verschieben die Ausschussmitglieder die Beratung dieses Tagesordnungspunkts auf die nächste Sitzung am 4. Februar mit der Absicht, bis dahin einen interfraktionell getragenen Antrag zu erarbeiten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Förderpolitik in der Tourismuswirtschaft

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2246

(überwiesen am 11. Dezember 2008)

Abg. Poersch spricht sich dafür aus, im Laufe des Jahres 2009 auch noch einmal mit den Akteuren in der Tourismuswirtschaft einen Erfahrungsaustausch zu führen. - Abg. Feddersen schlägt vor, bereits in der nächsten Sitzung den Geschäftsführer der TASH zum Erfolg der Marketingmaßnahmen der Tourismus-Agentur zu hören. Ihn würde es auch interessieren zu erfahren, inwieweit die Gelder, die für die Tourismuswirtschaft zur Verfügung gestellt würden, auch von den Tourismusmarktteilnehmern abgefordert würden. - Abg. Dr. Garg betont in diesem Zusammenhang, dass er nach wie vor Probleme mit der einzelbetrieblichen Förderung im Bereich der Tourismuswirtschaft habe. Er halte diese einzelbetriebliche Förderung für falsch. Die Finanzmittel seien besser in Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, fasst das Ergebnis der Diskussion dahin gehend zusammen, dass der Geschäftsführer der TASH zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 4. Februar eingeladen werden solle und dass im dritten Quartal 2009 eine Information dem Ziel dienen solle, in Erfahrung zu bringen, inwieweit die zur Verfügung gestellten Finanzmittel von den Akteuren auch abgerufen würden.

Den Bericht der Landesregierung empfiehlt der Ausschuss einstimmig dem Plenum des Landtags zur Kenntnisnahme.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Infrastruktursicherungsvertrag mit der DB Netz AG

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/3707

Nach Erläuterungen der Vorlage durch M Dr. Marnette und einigen Verständnisfragen nehmen die Ausschussmitglieder die Vorlage Umdruck 16/3707 zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1223

(überwiesen am 21. Februar 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Umwelt- und Agrarausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2513, 16/2940, 16/3527, 16/3812, 16/3899

Auf Antrag und entsprechende Erklärung von Abg. Matthiessen zu Protokoll behandelt der Ausschuss den mit Umdruck 16/2940 vorgelegten Antrag „Rahmenbedingungen für Windenergie überarbeiten“ als eigenständigen Antrag.

Abg. Dr. Garg erklärt zunächst, bei einer Abstimmung über diesen Antrag in dieser Sitzung würde er sich wegen der beiden Punkte „Erdkabel“ und „Ein-Prozent-Grenze“, die er in dem Antrag von Abg. Matthiessen für problematisch beziehungsweise überflüssig halte, der Stimme enthalten.

Abg. Callsen erklärt mit Blick auf den Entwurf des Landesentwicklungsplans, dass man vor einer abschließenden Meinungsbildung zu den Rahmenbedingungen für die Windenergie zwar nicht warten müsse, bis der Entwicklungsplan endgültig vorliege, aber es sei doch zu bedenken, dass zu diesem Entwicklungsplan und damit auch zu dem hier heute in Rede stehenden Themenbereich alle Gemeinden Stellung genommen hätten und die Auswertung dieser Stellungnahmen noch nicht abgeschlossen sei. Ihm sei es wichtig, dass die Stellungnahmen der kommunalen Ebene Berücksichtigung fänden, sodass zunächst diese Auswertung abgewartet werden müsse.

Abg. Poersch betont, Ziel sei es ja, die Regionalplanung zu kommunalisieren, und unter diesem Aspekt hätten die Kommunen zum LEP Stellung genommen. Dazu gehörten viele Dinge, die im Rahmen der Debatte über die Windenergie ebenfalls zu berücksichtigen seien. Diese Arbeit habe man sich für 2009 vorgenommen, sodass sie bitte, heute noch nicht abschließend über den Antrag von Abg. Matthiessen zu beraten.

Abg. Harms vertritt ebenfalls die Auffassung, dass bezüglich der Rahmenbedingungen für Windenergie mit dem LEP-Entwurf einiges in Bewegung gekommen sei. Jede Vorfestlegung

würde deshalb dem Ziel entgegenstehen, hier eine für alle vertretbare Lösung zu erreichen. Es gehe um den Planungswillen der Gemeinden, der aus Sicht des SSW berücksichtigt werden müsse. Insofern plädiere auch er für die Verschiebung einer abschließenden Behandlung dieses Antrags von Abg. Matthiessen.

Abg. Matthiessen zeigt sich damit einverstanden, über die von Abg. Dr. Garg angesprochenen Punkte Erdkabel und Ein-Prozent-Grenze noch einmal zu diskutieren. Insgesamt gehe ihm das Verfahren aber zu langsam. Er müsse feststellen, dass die Entwicklung der Energiebranche hier im Land immer als zu selbstverständlich angenommen werde. Hierbei handele es sich aber um etwas, was auch verloren gehen könne. Das Land stehe hier in einem internationalen Wettbewerb und es sei aus seiner Sicht nicht hinnehmbar, hier immer wieder weiter zu warten. Es sei erforderlich, „Gas“ zu geben.

Abg. Schröder unterstreicht, dass auf jeden Fall die abgegebenen Stellungnahmen zum LEP und damit auch zu diesem Thema in die Beratungen mit einfließen müssten, bevor gesetzliche Dinge auf den Weg gebracht werden könnten. Die Diskussion im Rahmen des LEP laufe, und es sei für ihn ausgeschlossen, jetzt über etwas zu beschließen, worin andere noch ihre Arbeitskraft hineinsteckten. Dies komme für ihn nicht infrage.

M Dr. Marnette weist darauf hin, dass zwischen ihm und dem Innenminister sehr enge Diskussionen mit dem Ziel stattfänden, innerhalb der nächsten zwei Monate diese zum Abschluss zu bringen. Die Betreiber von Windkraftanlagen erwarteten von der Landesregierung Planungssicherheit. Das sei auch der Rahmen, in dem sich der Wirtschaftsminister in die Diskussion einbringen könne.

Der Vertreter des Innenministeriums weist noch einmal darauf hin, dass die hier schon angesprochene Anhörung inzwischen abgeschlossen sei und dass man damit befasst sei, die Stellungnahmen auszuwerten. Insofern sei es heute noch zu früh, um Tendenzen im Bereich Windenergie hier schon berücksichtigen zu können. Die Überarbeitung der gemeinsamen Runderlasse sei der nächste Schritt. In der Kabinettsvorlage sei seinerzeit festgelegt worden, dass die Erlasse im Laufe des Jahres 2009 überarbeitet werden sollten. Der Dialog diesbezüglich sei jetzt aufgenommen worden, und man komme zügig voran. Als Drittes liefen parallel zum LEP die ersten Arbeitsschritte, um eine Teilfortschreibung der Regionalpläne auf den Weg zu bringen. Auch hier nehme man den auch so gesehenen Zeitdruck sehr ernst.

Abg. Matthiessen erklärt, er könne nicht die Auffassung teilen, dass diesbezüglich die Geschwindigkeit an den Tag gelegt werde, die man erwarten müsse. Hier werde eher nicht gehandelt, sondern gezögert. So habe er zum Beispiel versucht, für Eggebek ein Ersatzgebiet in

die Diskussion zu bringen, während aus dem Innenministerium nichts gekommen sei. Im Übrigen hätten die in seinem Antrag aufgezählten Punkte nichts mit dem LEP zu tun.

Abg. Dr. Garg regt an, mit der Abstimmung über den eigenständigen Antrag von Abg. Matthiessen bis zur nächsten Sitzung zu warten und dann noch einmal über die Wirtschaftlichkeit der Erdkabel und über die Festlegung auf die Ein-Prozent-Grenze zu sprechen.

Abg. Matthiessen erklärt, mit dem Vorschlag von Abg. Dr. Garg wäre er einverstanden, mit der Bindung der Beratungen an das Verfahren zum LEP jedoch nicht, denn kein Teilpunkt seines Antrags habe Bezug zum LEP.

In der folgenden Abstimmung befürworten CDU, SPD und FDP eine Verschiebung der Abstimmung über den Antrag von Abg. Matthiessen; Abg. Matthiessen enthält sich der Stimme.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Aktualisierte Terminplanung

Die Ausschussmitglieder nehmen eine Einladung der Region Syddanmark zu einem Besuch in Esbjerg für den 20. Februar, 11 bis 14/14:30 Uhr, an. Sitzungsthemen werden Besuch des Hafens in Esbjerg, Möglichkeiten der Hafenkooperationen Esbjerg-Brunsbüttel-Husum-Hamburg sein sowie Offshore-Aktivitäten.

Die Einladung der Region Syddanmark nach Vejle zur Fortsetzung der im vergangenen Jahr in Kiel durchgeführten gemeinsamen Sitzung will der Ausschuss für den Herbst 2010 annehmen.

Als Programmpunkt der Berlin-Reise vom 4. bis 5. März 2009 nimmt der Ausschuss noch ein Gespräch mit der maritimen Koordinatorin der Bundesregierung, Frau Wöhrl, in Aussicht.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer